

PROTOKOLL

AUSSENPOLITISCHER AUSSCHUSS

Dritte Sitzung

Zeit: Freitag, 10. Juni 1960, 10,00 Uhr

Ort: Bundesparteileitung der ÖVP, Wien I.,
Kärntnerstrasse 51

Anwesend:

Min.a.D.Ges. HORNBOSTEL (Vorsitz)

Staatssekr. GRUBHOFER
Staatssekr.Prof.Dr. GSCHNITZER
NR. STÜRSKE
NR.Dr. TONCIC (Referent)
NR.Dr. WEISS
NR.a.D.Dr. KRANZLMAYR
NR.a.D.LR.Dr. OBERHAMMER

Konsul MAUTNER MARKHOF
Kom.Rat MOSER
Gen.Sekr.Dr. ZIMMER-LEHMANN
Botschafter a.D. VOLLGRUBER
Dr. RIHA

Gen.Sekr.NR.Dr. WITHALM
Dr. TOROVSKY
Dkfm.Dr. WOLF
Red. ABENDROTH

Entschuldigt:

NR.Präs.Ing. FIGL
Bundesmin.Dr. BOCK
NR. MACHUNZE
NR.Dr. MALETA
NR. SOLAR
BR. RÖMER
LH. KRAINER

Nach Eröffnung durch HORNBOSTEL stellt WITHALM den Versammelten Dr. Torovsky und Dkfm. Dr. Wolf als neue Gastmitglieder des Aussenpolitischen Ausschusses vor. Er gibt bekannt, dass das Generalsekretariat sämtlichen Ausschüssen junge Akademiker beigegeben habe, die sich bei dieser Arbeit Erfahrungen erwerben sollen und dem Ausschuss für alle gewünschten Ausarbeitungen, Exposés, etc. auf Wunsch zur Verfügung stehen.

GSCHNITZER eröffnet die Aussprache zum Tagesordnungspunkt "Südtirol" mit der auszugsweisen Verlesung des Tambroni-Briefes an Raab, aus dem er folgende Gedankengänge hervorhebt:

Die Standpunkte in der Autonomiefrage gehen zwischen Wien und Rom eindeutig auseinander, sodass gegebenenfalls ein Gutachten auf dem in der Europäischen Versammlung vorgesehenen Rechtsweg einzuholen wäre. Die italienische Regierung ist aber der Meinung, dass weiterhin bilateralen Gesprächen der Vorzug zu geben wäre. Der im Artikel 2 des Gruber-Degasperi-Abkommens vorgesehene Autonomiestatus ist nach Italiens Auffassung bereits vollkommen in Kraft gesetzt und kann nur in einzelnen Punkten der praktischen Handhabung verbessert werden. Eine Forderung nach einer anderen als der bestehenden Autonomie seitens Österreichs erscheint Rom unberechtigt.

Im Anschluss an diesen Brief nahm der italienische Botschafter Gelegenheit zu einer mündlichen Vorsprache bei Raab und Kreisky, in der er die Auffassung Roms weitgehend präzisierete. Er übermittelte den Österreichern als Auffassung seiner Regierung, dass zur Austragung der Meinungsverschiedenheiten lediglich die Prozedur eines Ganges zum Europäischen oder Internationalen Gerichtshof in Frage kommt; eine Vorlegung an eine andere Instanz (gemeint ist die UNO) erscheint Italien unberechtigt und unangebracht. Der Botschafter übermittelte des weiteren einen Vorschlag seiner Regierung, baldmöglichst diskrete Kontakte über Vertrauenspersonen aufzunehmen.

Bei den Besprechungen, die Kreisky und Gschnitzer in Innsbruck mit den Nord- und Südtirolern führten, wurden diese italienischen Vorschläge eingehend diskutiert. Gschnitzer selbst sprach sich gegen weitere bilaterale Verhandlungen aus; auch für praktische Verbesserungen des geltenden Autonomiestatus sind kaum Möglichkeiten vorhanden, da ihnen bereits einige veröffentlichte Erkennt-

nisse des italienischen Verfassungsgerichtshofes entgegenstehen. Auch die Südtiroler Politiker äusserten sich gegen weitere Verhandlungen. Demgegenüber schlug Kreisky vor, dennoch auf das Vertrauensmännergespräch einzugehen, um einen international schlechten Eindruck Österreichs zu vermeiden. Er hat diese Meinung dem Kanzler in einem Brief zum Ausdruck gebracht und als Vertrauensmann keine parteipolitische Persönlichkeit, sondern einen Beamten (ev. Botschafter Dr. Schöner) vorgeschlagen. Gschnitzers Bedenken wurden im Kreisky-Brief mitvermerkt: Ein solcher Unterhändler dürfte nur mit absolut klarer Marschroute verhandeln und sich praktisch nur auf eine Diskussion der konkreten Südtiroler Autonomieforderungen einlassen.

TONCIC wendet ein, dass die im Tambroni-Brief erwähnte europäische Streitschlichtungskommission für die bestehende Materie nicht zuständig ist, ebenso unhaltbar ist die von Pella und Segni vertretene Berufung auf den Artikel 2 des UNO-Statuts (Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten), da es sich hier um einen internationalen Vertrag handelt, für den selbstverständlich die UNO zuständig ist. Die von Italien in der letzten Phase des Gesprächs bereits zugegebene internationale Relevanz des Problems kann als ein Erfolg der österreichischen Aussenpolitik gewertet werden.

VOLLGRUBER erkundigt sich nach dem Stand allfälliger Vorbereitungsgespräche bei der UNO.

OBERHAMMER verweist darauf, dass Raab bereits in seiner ersten Antwort an Segni den Standpunkt Österreichs als eine klare Alternative in der Autonomiefrage präzisiert hat. Der Tambroni-Brief bringt überhaupt keinen Fortschritt, vor allem keine Aufhebung des Einreiseverbotes, im Gegensatz dazu eine neue Beleidigung österreichischer Politiker.

GSCHNITZER verliest kurz den entsprechenden Passus, der an den Äusserungen österreichischer Politiker Kritik übt.

OBERHAMMER wendet sich scharf gegen ein neues Gespräch auch unter sogenannten Vertrauensmännern. Es kann kaum ein Dialog erwartet werden, wenn sich der österreichische Vertrauensmann streng an

seine gebundene Marschroute hält. Bei der Kontaktnahme des italienischen Botschafters mit Raab und Kreisky ist Gschnitzer in beleidigender Weise übergangen worden, was einer Desavouierung des ÖVP-Mandatare gleichkommt, die auch parteipolitisch schädlich wirkt. GRUBHOFFER gibt bekannt, dass bei der Vorbesprechung zum Minister- rat, der sich mit den italienischen Verhandlungsvorschlägen befasste, Raab und Gschnitzer gegen weitere Verhandlungen waren, sich aber durch die Mehrheit der übrigen ÖVP-Mandatare dieses Kreises überstimmen liessen.

TONCIC schlägt zur Koordinierung der bisher geäußerten Standpunkte eine Zusammenfassung einzelner Punkte vor, die dem Bundespartei- vorstand als Meinung des Aussenpolitischen Ausschusses zu- geleitet werden sollen. Seinen Vorschlägen wird zugestimmt (Inhalt siehe Brief im Anhang).

HORNPOSTEL erkundigt sich über das Vorhandensein eines regierungs- antlichen Antwortentwurfes an Tambroni.

GSCHNITZER gibt bekannt, dass die offizielle Antwort den Brief Tambronis als unzureichende Verhandlungsgrundlage zurückweisen wird; die hier diskutierten weiteren Verhandlungen sind bloss Gegenstand einer mündlichen Absprache und werden streng diskret geführt.

STÜRGGH fragt nach der Ebene, auf der die Antwort erfolgen soll und schlägt vor, die Aufhebung des Einreiseverbotes zur absoluten Bedingung weiterer Gespräche zu machen.

GSCHNITZER gibt bekannt, dass es sich um eine Beantwortung des Tambroni-Briefes an Raab handeln wird, in der Frage des Einreise- verbotes erklärt er sich als befangen.

ZIMMER-LEHMANN erkundigt sich nach der in der letzten Sitzung beschlossenen Information der europäischen Schwesterparteien über das Südtirolproblem und rät zu einer Verzögerung des Unterhändler- gespräches. Der Wunsch Kreiskys, durch Benennung eines Beamten als Vertrauensmann die Sache allein in sein Ressort zu ziehen, ist offenbar. Eine Diskretion für dieses Gespräch, auch wenn es an Drittem Ort, etwa in Bonn, stattfinden sollte, ist keinesfalls gegeben. - Erkundigt sich nach dem Erfolg der Versprache Haymerles

bei Hamarskjöld.

GSCHNITZER warnt davor, sich nur auf den Artikel 2 (Autonomie) zu konzentrieren, da Italien auch in anderen Punkten das Abkommen verletzt hat und sich hier gute juristische Ausgangspunkte für Österreich ergeben. Das internationale Echo ist für Österreich zur Zeit nicht günstig; die NATO-Mächte stehen deutlich hinter Italien, auch der Osten hält sich zurück; lediglich einige afrikanische und lateinamerikanische Staaten könnten für eine Unterstützung in der UNO gewonnen werden. Haymerle hat Hamarskjöld nicht um eine Vermittlung gebeten, sondern mit ihm lediglich die technischen Modalitäten bei einer Aufnahme des Problems auf die Tagesordnung der UNO besprochen.

STÜRCKH verweist nochmals auf die Notwendigkeit, die Aufhebung des Einreiseverbotes als Vorbedingung weiterer Verhandlungen zu fordern.

TONCIC schlägt vor, dass Staatssekretär Grubhofer bei der nächsten Regierungssitzung die Formulierung dieses Verlangens vorschlägt.

GRUBHOFER verweist auf Tendenzen, das Einreiseverbot nur teilweise, also nur für das Regierungsmitglied Gschnitzer, aufzuheben.

OBERHAMMER bezeichnet ein solches Vorgehen als grundsätzlich bedenklich, drängt darauf, dass unabhängig von den mündlichen Vertrauensmännergesprächen konsequent und sofort der Weg zur UNO beschritten wird. Ein entsprechendes Weiss-Buch soll vorbereitet werden.

MAUTNER MARKHOF gibt zu bedenken, dass sich Italien von direkten Verhandlungen vielleicht doch noch eine Einigung in letzter Stunde verspricht.

HORNPOSTEL schlägt vor, dass die Bundesparteileitung Toncic und Gschnitzer mit der Ausarbeitung des Memorandums an die Schwesterparteien betraut.

GRUBHOFER rät, das entsprechende Begehren an den Parteivorstand und nicht an die Parteileitung zu richten.

OBERHAMMER urgiert neuerlich die Erstellung eines Weiss-Buches.

GSCHNITZER bittet den Ausschuss um Unterstützung bei den Budgetforderungen seines Ressorts zur Finanzierung einer grosszügigen Südtirol-Information auf internationaler Ebene (Dokumentensammlungen, Rechtsgutachten, usw.).

TONCIC wirft nochmals die Frage auf, ob die Aufhebung des Einreiseverbotes auch zur Vorbedingung der inoffiziellen Vertrauensmännerbesprechungen gemacht werden soll, was ihm der Tendenz nach unlogisch erscheint.

ZIMMER-LEHMANN widerspricht dieser Auffassung und verweist auf den zum gleichen Zeitpunkt eingeleiteten Schritt zur UNO, der weitere mündliche Verhandlungen, die ja nur die Tendenz einer vorherigen Einigung haben können, gegenstandslos macht.

KRANZLMAYR empfiehlt, die mündlichen Verhandlungen mit dem ausdrücklichen Hinweis zu beginnen, dass man sich den Weg zur UNO, dessen Termin ja mit dem 15. Juli begrenzt ist, absolut freihalten muss.

HORNPOSTEL stellt die Frage nach den in der letzten Sitzung beschlossenen finanziellen Unterstützungsmassnahmen für Südtirol.

ZIMMER-LEHMANN berichtet über Vorgespräche mit den Kreditinstituten, die aber ins Stocken kamen, weil Kreisky alles an sich zu ziehen wünscht.

OBERHAMMER bezeichnet als wichtigste Frage die einer Bundesbürgerschaft, deren Erledigung durch den Wechsel im Finanzministerium in Verzug geraten ist.

TONCIC lenkt die Aufmerksamkeit des Ausschusses auf die mit Südtirol in einem inneren Zusammenhang stehende Frage der Kärntner slowenischen Minderheit. Wiewohl das Problem rechtlich völlig anders gelagert ist als das der Südtiroler, haben die Italiener bereits im Europarat Andeutungen gemacht, Österreich selbst wegen Nichtdurchführung seiner staatsvertraglichen Minderheitenverpflichtungen zu attackieren (die Lage der Kroaten im Burgenland wurde bereits erwähnt). Dringend notwendig erscheint daher, dass das Parlament noch vor den Sommerferien das Verwaltungssprachengesetz für Kärnten verabschiedet; ein entsprechender Entwurf des Kanzleramtes liegt vor, fand aber von verschiedener Seite bis jetzt heftige Kritik.

STURGH unterstreicht die Gefährlichkeit einer solchen Handhabung für Italien und eventuelle andere Mächte bei einer internationalen Diskussion.

OBERHAMMER erkundigt sich nach dem springenden Punkt der bestehenden Schwierigkeiten.

TONGIC bezeichnet als grösste Schwierigkeit die Forderung der Kärntner Abgeordneten, vor allem der rechtsstehenden, das Verwaltungssprachengesetz mit einem Feststellungsgesetz der nationalen Zugehörigkeiten zu koppeln.

WEISS gibt eine ausführliche Darstellung der Schwierigkeiten, die sich einem solchen Feststellungsgesetz, das die Voraussetzung für ein Verwaltungssprachengesetz bilden müsse, entgegenstellen. Die geforderte Geheimabstimmung käme einer zweiten Volksabstimmung in Kärnten gleich und würde zu unkontrollierbaren Propagandaexzessen führen.

TONGIC schlägt als Kompromiss vor, dass zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine Studienkommission für die Ausarbeitung eines Minderheitenfeststellungsgesetzes geschaffen wird, das Verwaltungssprachengesetz aber ungeachtet der Fertigstellung des anderen Gesetzes noch vor den Sommerferien verabschiedet wird, damit Österreich international in seiner Minderheitenpolitik keine Angriffsflächen bietet.

WEISS erklärt sich bereit, diesen Vorschlag dem Kärntner Minderheitausschuss und den entsprechenden ÖVP-Instanzen befürwortend weiterzuleiten.

HORNBOSTEL verweist auf die aktuelle Dringlichkeit einer gemeinsamen politischen Haltung beim bevorstehenden Chruschtschew-Besuch.

GSCHNITZER referiert kurz über die bisher bekannt gewordenen Details und Massnahmen und bezeichnet die Frage, ob der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft die Stadthalle für eine Grosskundgebung mit Chruschtschew zur Verfügung gestellt werden soll, als ungeklärt.

HORNBOSTEL erkundigt sich nach den von kommunistischer Seite vorbereiteten Betriebsdemonstrationen und warnt vor solchen aus der nationalsozialistischen Zeit bekannten "spontanen Sonderaktionen".

GRUBHOFER gibt bekannt, dass das Innenministerium für Separat-einladungen und Eskapaden Chruschtschews ausserhalb des offiziellen Programms keine sicherheitspolizeiliche Garantie übernehmen kann. Stellt seinen Vorschlag, die Bundesregierung möge bei ihrer nächsten Sitzung eine offizielle Erklärung ihrer Haltung zum Chruschtschew-Besuch veröffentlichen, zur Diskussion. Seiner Meinung nach soll darin das österreichische Volk zu einer korrekten und höflichen Haltung aufgefordert werden. Irgendwelche wilde Demonstrationen können niemandem nützen. Auch die Begleitung Kanzler Raabs auf der Österreichreise wäre zu erwägen.

VOLLGRUBER schliesst sich der Meinung Grubhofers vollinhaltlich an.

WEISS bezeichnet einen mässigen Aufruf der Bundesregierung besonders im Hinblick auf unkontrollierbare Stimmungen in Kärnten als wichtig.

TONCIC vertritt die Meinung, dass ein demonstratives Totschweigen und Boykottieren des Chruschtschew-Besuches durch die österreichische Öffentlichkeit als schwerer Schlag für den Kommunismus empfunden würde. Es ist aber zu fragen, ob eine solche innere Verstimmung der Sowjets im Interesse Österreichs liegt.

GSCHNITZER verweist darauf, dass sich Raab einen Erlass der noch ausstehenden Ablöselieferungen von Chruschtschew verspricht.

GRUBHOFER hält eine korrekte und höfliche Begrüssung nicht nur im Hinblick auf materielle Vorteile für geboten.

WEISS berichtet von einem Gespräch im aussenpolitischen Ausschuss des Nationalrates, bei dem die Möglichkeit neuer Märkte für die der Sowjetunion gegenüber auslaufenden Lieferungen erörtert wurde.

ZIMMER-LEHMANN verlangt eine korrekte Definition der österreichischen Neutralität zum Unterschied vom Neutralismus noch vor dem Chruschtschew-Besuch.

GSCHNITZER erwähnt nochmals das Thema Stadthalle und äussert die Vermutung, dass ausser den Kommunisten sehr viele Schaulustige dorthin strömen werden.

STÜRCKH setzt sich dafür ein, dass die Veranstaltung der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft in keinem grösseren Rahmen

stattfinden soll als in dem der Parallelveranstaltung, die seinerzeit mit Raab in Moskau abgehalten wurde.

TONCIG warnt davor, durch allzu freundliche Demonstrationen bei Chruschtschew in den westlichen Staaten in einen schlechten Ruf zu kommen.

HORNBOSTEL formuliert die Meinung des Ausschusses, die zur Frage des Chruschtschew-Besuches dem Bundespartei Vorstand bekanntgegeben werden soll (siehe Anhangbrief).

Die nächste Sitzung wird für Dienstag, den 28. Juni 1960, 16 Uhr, festgesetzt. Als Haupttagesordnungspunkt wird die Diskussion der Stellung Österreichs im Rahmen der Europäischen Integration vorgeschlagen.

HORNBOSTEL schliesst die Sitzung um 13 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:


(Friedrich Weigend-Abendroth)

Herrn
Bundeskanzler
Ing. Julius Raab

mit der Bitte um gef. Kenntnisnahme!